

«Das Volk lässt sich nicht kaufen!»

NATALIE RICKLI sieht die Demokratie in Gefahr und fordert deshalb die Volkswahl des Bundesrates. Die SVP-Nationalrätin über die Abstimmungen am 9. Juni und ihre Wut über den Mord an Marie S.

LANDESMUSEUM, ZÜRICH / DONNERSTAG, 16. 5. 2013 / 10.30-12.15 UHR

TEXT **ALEJANDRO VELERT**
FOTOS **MARCEL NÖCKER**

Fast ehrfürchtig schreitet Nationalrätin Natalie Rickli, 36, durch die grossen Hallen des Zürcher Landesmuseums. «Wow, das sieht ja sehr interessant aus hier, ich bin beeindruckt», sagt sie. «Schade, ich war seit Jahren nicht mehr im Landesmuseum.» Die Zürcher SVP-Politikerin nimmt sich vor, bei nächster Gelegenheit mit mehr Zeit zu kommen.

Frau Rickli, der Mord an der 19-jährigen Marie S. erschüttert nicht nur die Westschweiz. Sie selber fordern seit Jahren eine härtere Gangart im Strafvollzug. Hätte dieses Unglück verhindert werden können?

Ja. Und deshalb macht mich der unnötige Tod dieser jungen Frau so betroffen und auch wütend. Der Täter war ein verurteilter Mörder und Vergewaltiger,

seine Gefährlichkeit war bekannt. Und wie immer, wenn solche Fälle passieren, übernimmt niemand die Verantwortung. **Machen Sie es sich nicht zu einfach? Wo Menschen arbeiten, gibts Fehler. Und der Fall muss erst noch untersucht werden.** Das Muster ist immer das Gleiche: Am Ende wird man von einer Verkettung unglücklicher Umstände sprechen, und niemand wird dafür geradestehen. Aber wie erklärt man den Eltern dieser jungen Frau, dass jemand, der eigentlich im Gefängnis sitzen müsste, die Tochter vergewaltigt und ermordet hat? **In einer parlamentarischen Initiative verlangen Sie nun, dass die zuständigen Behörden und Stellen künftig für Fehlentscheide haften. Was soll das bringen?** Im Zweifelsfall muss der Schutz der Bevölkerung höher gewichtet werden als die Rechte der Täter. Doch heute werden auch Gewalt- und Sexualtäter, die schwere Taten begangen haben, oft bedingt entlassen oder erhalten

Strafvollzugslockerungen. Wenn die Politik diese Praxis beibehalten will, soll wenigstens jemand geradestehen. **Das nützt einem Opfer nicht mehr viel.** Genau deshalb dürften solche Täter gar nicht mehr auf freien Fuss gesetzt werden! Aber die SVP scheitert im Parlament leider regelmässig mit Vorstössen zur Verschärfung des Strafrechts und der Verwahrungspraxis. Mit meiner Initiative werden sich die zuständigen Behörden im Zweifelsfall eher für den Schutz der Bevölkerung entscheiden. **Aber es werden doch immer wieder Täter verwahrt.** Lebenslanglich verwahrt wurden bisher nur zwei oder drei Täter. Die anderen Verwahrungen werden regelmässig überprüft. Viele werden therapiert, und danach werden Vollzugslockerungen gewährt. Damit jemand lebenslanglich verwahrt wird, muss die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls gemäss Gesetz extrem hoch sein. Man müsste ▶

ENTSCHLOSSEN
Nationalrätin Natalie Rickli im
Zürcher Landesmuseum.
«Wir kämpfen mit Herzblut.»



„ Ich hege definitiv keine Ambitionen für den Job als Bundesrätin“ **NATALIE RICKLI**

► andersrum entscheiden: Die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls muss für die Freiheit extrem tief sein.

Der Mörder von Marie S. war aber nicht verwarnt.

Er sass jahrelang im Gefängnis, seine Gefährlichkeit war bekannt, und die Bewährungshilfe schlug Alarm! Trotzdem erhielt er elektronische Fussfesseln, weil man ihn um jeden Preis resozialisieren wollte.

Themawechsel. Sie engagieren sich stark für die Volkswahl des Bundesrates, über die wir am 9. Juni abstimmen. Wieso möchten Sie ein bewährtes System ändern?

Die Konkordanz und die Zauberformel funktionierten lange sehr gut, aber die Parteienlandschaft und die Parteienstärken haben sich verändert. Gemäss Konkordanz müsste die SVP zwei Sitze haben. Wir haben aber nur einen, zeitweise gar keinen.

Aber um die Bundesratsvertretung der SVP geht es bei der Initiative nicht. **Gehts um Ihre persönlichen Ambitionen? Immerhin sind Sie die bestgewählte Nationalrätin des Landes.**

(Lacht.) Nein, bestimmt nicht! Ich hege definitiv keine Bundesratsambitionen.

Worum geht es Ihnen also?

Die Volkswahl des Bundesrates wäre die Vollendung der direkten Demokratie. Die Stabilität und der Wohlstand unseres Landes sind auch eine Folge unseres politischen Systems, das sich seit 1848 stetig entwickelt hat. Früher wählten beispielsweise fast überall die Kantonsparlamente ihre Ständeräte, im Kanton Bern war das bis 1977 so.

Die SVP wirbt mit dem Slogan: «Ja zur Volkswahl – damit die Schweiz nicht zu Grunde geht». Reichlich übertrieben, der Schweiz geht es doch gut!

Unser System wird zunehmend ausgehöhlt. Man schränkt die demokratische Mitsprache ein, möchte Initiativen

staatlich vorprüfen oder spricht gar von einem Verfassungsgericht. Und Didier Burkhalter möchte bei Streitfragen dem Europäischen Gerichtshof das letzte Wort geben. Das ist doch bedrohlich.

Die Umfragen sagen Ihnen eine Niederlage voraus.



HOPP SCHWIIZ – ANNO DAZUMAL Im Zürcher Landesmuseum studiert Natalie Rickli die Schlachtordnung der Eidgenossen bei der Schlacht von Murten im Jahr 1476.

Staatspolitische Fragen haben es oft schwer. Die Umfragen sind tatsächlich nicht besonders gut, aber wir kämpfen mit Herzblut. Und warten wir die Abstimmung ab. Man ist in der Politik am falschen Ort, wenn man sich nur für Themen einsetzt, die Erfolg versprechen.

Die Initiative ist auch innerhalb Ihrer Partei nicht unumstritten, nicht wenige SVP-Parlamentarier sind dagegen.

Durch die Wahl des Bundesrates haben die National- und Ständeräte viel Einfluss. Und diesen gibt man natürlich nur ungern ab. Ich bin der Meinung, dass diese Macht dem Volk gehört.

Nationalrat Christoph Blocher nannte diese Abweichler in seinem Web-TV «klein und egoistisch».

Hat er das so gesagt? Das würde ich nicht so formulieren. Der grosse Teil der SVP unterstützt die Initiative, andere Meinungen sind erlaubt.

Schaden Sie sich mit der Initiative nicht selber? Umfragen zeigen: Die Wahl-

Chancen der SVP wären bei einer Volkswahl schlecht.

In vielen Kantonsregierungen sind wir auch mit zwei Personen vertreten. Und wenn das Volk uns zwischendurch nur einen oder gar keinen Sitz zugestehen würde, müssten wir das akzeptieren.

An der Zusammensetzung der Regierung würde sich nicht viel ändern. Allenfalls könnte ein profilierter Vertreter einer kleineren Partei mal einen Sitz erobern. **Dazu fehlen diesen die finanziellen Mittel. Bundesratskandidaten müssten massive Kampagnen starten, in allen Landesteilen, in mehreren Sprachen.**

Deshalb sollen die Bundesrats- mit den Parlamentswahlen zusammenfallen. In dieser Zeit laufen die landesweiten Kampagnen der Parteien sowieso. Und moderne Kampagnen mit Internet und Social Media

wie Facebook oder Twitter sind verhältnismässig kostengünstig und sehr effektiv.

Klar scheut die SVP den Aufwand nicht. Sie verfügt über grössere finanzielle Mittel als die anderen.

Ein dickes Portemonnaie reicht nicht, das Volk lässt sich nicht kaufen. Die Komitees der Abzocker-, Verwahrungs- oder Unverjährbarkeits-Initiativen hatten kaum Geld, und das Volk sagte dennoch Ja zu ihren Anliegen.

Die Bundesräte müssten permanent Wahlkampf führen, die Präsentation in den Medien würde immer wichtiger.

Politiker, die gute Arbeit leisten und nahe bei den Leuten sind, haben das nicht nötig. Klar, Präsentation und Kommunikation müssten stimmen. Aber das ist ja nicht zu viel verlangt von jemandem, der das Land mitregieren möchte. Und vertrauen Sie dem Volk! Die Kantonsregierungen sind sehr ausgewogen und stabil, dort sitzen ja auch nicht nur

mediale «Stars». Die Menschen merken, ob die Inhalte stimmen.

Das Milizparlament hat bereits jetzt Mühe, gegen die starke Verwaltung und den Bundesrat zu bestehen. Mit einer Volkswahl der Regierung würden Sie das Parlament nur schwächen.

Das Parlament wird tatsächlich etwas geschwächt. Aber ich finde es richtig, dass der Bundesrat direkt dem Volk verpflichtet wäre. **Der Bundesrat kocht doch nicht abgekoppelt vom Volk seine eigene Suppe!**

In gewissen Fragen sehr wohl. Die Verwahrungsinitiative wird nicht richtig umgesetzt. Und die Ausschaffungsinitiative gar nicht, zweieinhalb Jahre nach dem Ja des Volkes! Eine Regierung, die der Wählerschaft gegenüber Rechenschaft schuldig ist, würde den Volkswillen nicht mehr so einfach ignorieren. Heute können die Stimmbürger ja niemanden abwählen, sondern nur die Faust im Sack machen. **Am 9. Juni wird auch über die Änderungen im Asylgesetz abgestimmt. Es ist die zehnte Verschärfung in 30 Jahren, offenbar löst man so die Probleme nicht.**

Diese Revision allein löst nicht alle Probleme, ist aber ein richtiger Schritt. Wir sind ein humanitäres Land, und Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, dürfen kommen. Aber in den vergangenen Jahren ist die Anzahl der Gesuche explodiert, weil wir für Wirtschaftsflüchtlinge zu attraktiv sind. Es kommen selten Frauen und Kinder in Not, sondern vor allem junge Männer, die Arbeit und Wohlstand suchen. Und nicht wenige, um kriminell zu werden. **In den Botschaften sollen keine Asylgesuche mehr gestellt werden können. Eine Möglichkeit, von der ausgerechnet viele Frauen Gebrauch machen.**

Das ist so, weil der Grossteil der Anträge im Rahmen des Familiennachzugs erfolgt. Der Vorschlag, das Botschaftsgesuch abzuschaffen, kommt vom Bundesrat. Wir sind das einzige europäische

Land, das Botschaftsgesuche akzeptiert. 2012 wurden so 6633 Asylanträge gestellt. Alle Anträge wurden mit grossem Aufwand geprüft. Aber 95 Prozent aller Botschaftsgesuche wurden im Schnitt der letzten Jahre abgelehnt. Und wer wirklich verfolgt ist, erhält immer noch

„Simonetta Sommaruga hat sich an der SP-Delgiertenversammlung mutig für die Asylgesetz-Revision eingesetzt“

ein Visum aus humanitären Gründen. **Sie treiben damit Frauen und Kinder in die Hände von Schlepperbanden!**

Diese werden auch in Zukunft vor allem junge Männer und solche, die es sich leisten können, in die Schweiz bringen. Der kleine Teile der Asylsuchenden ist schutzbedürftig. Das zeigt die generelle Ablehnungsquote: Etwa 85 Prozent aller Asylgesuche werden abgewiesen.

Auch Kriegsdienstverweigerung soll kein Grund mehr für Asyl sein. Das betrifft vor allem Menschen aus Eritrea, die dort unter einer brutalen Diktatur leben. Wir sind auch hier das einzige Land in Europa, das Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund akzeptiert. Diese Menschen haben ja die Wahl, ob sie Militärdienst leisten oder nicht. Wir können nicht alle Probleme dieser Welt lösen.

Ausschaffen kann man diese Menschen aber auch nicht, weil sie in ihrem Heimatland Folter oder Schlimmeres zu befürchten haben. Was soll also das Ganze? Die Asylrekurskommission definierte Wehrdienstverweigerung einst als Asylgrund, das war falsch. Wer keine Aussicht hat, in den Asylprozess zu gelangen, wird kaum mehr in die Schweiz kommen, die Gesuche werden also abnehmen. Im Übrigen kann man auch bei uns nicht einfach den Militärdienst verweigern, das hat militärstrafrechtliche Konsequenzen! **Umstritten ist die Einrichtung von Zentren für renitente Asylsuchende.**

Was heisst für Sie renitent?

Das sind Asylanter, die sich nicht an die Regeln, die Hausordnung des Asylzentrums oder an die Rechtsordnung halten. **Sie sperren also auch Leute weg, die nichts verbochen haben. Finden Sie diese Rechtsungleichheit nicht heikel?**

Wer in unser Land kommt, hat sich an unsere Regeln zu halten. In diesen Zentren wird niemand eingesperrt, aber man kann renitente Asylsuchende besser kontrollieren, ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt.

Gerade viele kleinere Gemeinden sind mit jungen Männern konfrontiert, die rumlungern, Unruhe und Unsicherheit stiften.

Auch Schweizer Jugendliche «lungern» herum. Die stecken wir ja auch nicht in Zentren, oder?

Wenn sich Schweizer Jugendliche nicht an die Gesetze halten, hat das auch Konsequenzen. Ich bin überzeugt, dass echte Asylsuchende keine Probleme machen und nicht kriminell werden. Diese sind froh und dankbar, dass sie in der Schweiz sein können und benehmen sich auch entsprechend.

Überrascht es Sie, wie konsequent sich Justizministerin Simonetta Sommaruga für die Asylgesetz-Revision einsetzt?

Sie hat sich bei den SP-Delegierten mutig für die Revision eingesetzt. Ich hoffe, dass die Gesetzesänderungen auch konsequent umgesetzt werden, nicht wie bei der Ausschaffungsinitiative. ●

Natalie Rickli

Geboren 19. November 1976 in Winterthur
Karriere Seit 1996 SVP-Mitglied, 2002–2007 Grosser Gemeinderat Winterthur, 2007 Zürcher Kantonsrat, seit 2007 Nationalrätin, 2011 Wiederwahl als bestgewählte Parlamentarierin der Schweiz
Beruf Partner Relation Manager bei Goldbach Group in Küsnacht ZH
Hobbys Lesen, Skifahren, Wandern, Tauchen, Reisen, Fussball-Fan von AC Milan
Familie Zwei Schwestern